

Stand: 08.02.2026 01:35:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/18721

"Neues neunjähriges Gymnasium mit Inhalten füllen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/18721 vom 25.10.2017
2. Plenarprotokoll Nr. 114 vom 25.10.2017
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 17/19325 des BI vom 26.10.2017
4. Beschluss des Plenums 17/19562 vom 07.12.2017
5. Plenarprotokoll Nr. 118 vom 07.12.2017



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Neues neunjähriges Gymnasium mit Inhalten füllen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der aktuellen Bemühungen um die Weiterentwicklung des neuen neunjährigen Gymnasiums auch ein pädagogisch-didaktisches Gesamtkonzept zu entwerfen, das sowohl fachspezifische als auch fächervernetzende und überfachliche Schwerpunktsetzungen berücksichtigt.

Vor Beschluss eines endgültigen pädagogischen Gesamtkonzepts sollte eine enge Abstimmung mit Lehrer- und Fachverbänden sowie der Wissenschaft, darunter vor allem Vertretern der Fachdidaktiken sowie der (schul-)pädagogischen Einrichtungen an den Universitäten, erfolgen.

Folgende Punkte sind dabei in besonderem Maße zu berücksichtigen:

- Weiterentwicklung der Qualifikationsphase durch die Schaffung eines flexibel wählbaren Leistungskurses als vertiefendes Neigungs- und Begabungsangebot, um individuelle Begabungen zu fördern und zu fordern und die Lernenden auf die zunehmend komplexen Zusammenhänge in Berufs- und Studienwelt vorzubereiten,
- Stärkung der Werte- und Demokratieerziehung nicht nur durch den Fachunterricht, sondern durch einen Ausbau von demokratischen Strukturen im Rahmen des Schullebens, die demokratische Werte für die Schülerinnen und Schüler erfahrbar machen,

- Stärkung der MINT-Fächer durch Neigungs- und Begabungsseminare als flexible und individualisierte Lernangebotsformen in der 11. Jahrgangsstufe sowie die Entwicklung pädagogischer Konzepte zur Stärkung von neuen Lernformen wie virtuellem Experimentieren im Klassenzimmer,
- Stärkung von Berufsorientierungsangeboten in Form von Projekten sowie freiwilligen und verpflichtenden Praktika, die im Unterricht thematisiert und pädagogisch sinnvoll mit dem Fachunterricht verzahnt werden,
- fachspezifischer und fachübergreifender Ausbau der digitalen Bildung sowohl im Sinne der Medienkompetenz als auch einer informatisch-technologischen Grundbildung,
- Öffnung der Schule in die soziale Lebenswirklichkeit sowie Schaffung von Lernelementen zur Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung, insbesondere durch Ausbau von „Service Learning“-Angeboten und die Stärkung der Kooperationen mit Einrichtungen und Unternehmen aus der Region.

Begründung:

Die Weiterentwicklung des Gymnasiums muss durch ein umfassendes und differenziertes pädagogisches Gesamtkonzept begleitet werden. Bisher hat sich die Staatsregierung weitestgehend bedeckt gehalten, was die Konkretisierung und Umsetzung der öffentlichkeitswirksam bekanntgegebenen Ziele des neuen neunjährigen Gymnasiums angeht. Insbesondere gesellschaftlich zunehmend an Bedeutung gewinnende Themenfelder wie die digitale Bildung oder Werte- und Demokratieerziehung sowie deren Umsetzung im Rahmen der gymnasialen Schulbildung sollten daher zeitnah innerhalb eines Gesamtkonzepts konkretisiert werden.

würden wir jederzeit unterstützen, wenn sie als separate Anträge auf der Tagesordnung stünden.

Wir FREIEN WÄHLER haben einen Dringlichkeitsantrag nachgereicht, weil wir der Meinung sind, dass diese Entlastung beim bürokratischen Aufwand noch etwas weiter gefasst werden könnte. Wir haben vorgeschlagen, die Aufzeichnung der Gesamtstunden praxisnäher zu gestalten, sie einmal im Monat vorzusehen. Das sollte den Bedingungen der Nachvollziehbarkeit genügen.

Zur Aufzeichnungspflicht insgesamt möchte ich vielleicht noch ein paar Takte sagen. Ein Problem ist, dass nicht für alle aufgezeichnet werden muss, sondern nur für geringfügig Beschäftigte und in Branchen, auf die sich das Gesetz gegen Schwarzarbeit bezieht. Ich habe letzthin hier an dieser Stelle schon gesagt: Auch diese Regelungen müssten überprüft werden, damit sie nicht per se kontinuierlich weitergeführt werden. Es gibt nämlich auch Branchen, die in diesem Zusammenhang nicht mehr auffällig sind. Eine Deregulierung bzw. Modifizierung der Aufzeichnungspflicht, wie sie von uns und von der CSU beantragt wird, würde den kleineren und Familienbetrieben diese Dokumentation erleichtern.

Sehr oft müssen gerade die Familienbetriebe diese Arbeit am Feierabend, am Sonntag zu Hause erledigen. Manchmal – das muss man ehrlich sagen – passieren dabei Flüchtigkeitsfehler bzw. unüberlegte Flüchtigkeitsfehler bis hin zu Fehlern, die eine Strafverfolgung nach sich ziehen. Wichtig ist, dass wir hier eine entsprechend nachvollziehbare, mittelstandsfreundliche Ausgestaltung wählen. Die Kontrollmechanismen funktionieren ohnehin. Es ist nicht so, wie die Kollegin Celina gesagt hat. Auch bei der wöchentlichen Aufzeichnung kann das für Samstag, Sonntag oder Freitag entsprechend dargestellt werden. Ob das wöchentlich oder monatlich geschieht, spielt meines Erachtens keine Rolle. Das ist zwar nicht Gegenstand des heutigen Dringlichkeitsantrags, aber wir sollten diese Überlegung einbeziehen, wenn wir darüber nachdenken, was der nächste Schritt sein kann.

Der nächste Schritt ist, denke ich, eine größere Flexibilisierung der Arbeitszeit. Da sollten wir uns ein bisschen europäischer verhalten und den europäischen Rechtsrahmen besser nutzen als bisher. Das wäre ein sinnvoller Beitrag zur Flexibilisierung, der unsere Wertschätzung denjenigen gegenüber ausdrücken würde, die im Handwerk und in der gewerblichen Wirtschaft tagtäglich ihre Arbeit tun. Sie erfahren nämlich nicht immer die Wertschätzung, die sie verdienen. Ich bitte den Bayerischen Landtag, unserem Dringlichkeitsantrag zu folgen und damit diese Wertschätzung zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Danke schön, Kollege Häusler. – Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18706 – das ist der Antrag der SPD-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen, bitte! – CSU-Fraktion, FREIE WÄHLER, zwei Stimmen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gibt es Enthaltungen? – Das ist der Rest der GRÜNEN-Fraktion, wenn ich das richtig sehe. – Gut. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18709 – das ist der Antrag der CSU-Fraktion – seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, Kollege Felbinger (fraktionslos) und drei Stimmen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen, bitte! – SPD-Fraktion. Enthaltungen? – Die restliche Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/18719 – das ist der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer diesem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, diesmal komplett, oder? – Nein? – Außerdem die SPD. Die Gegenstimmen, bitte! – CSU-Fraktion, Fraktion der FREIEN WÄHLER und Kollege Felbinger (fraktionslos). Enthaltungen? – Zwei Enthaltungen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Dann kommen wir zum Dringlichkeitsantrag 17/18720. Das ist der Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER. Ich bitte, Zustimmung anzuzeigen. – Das sind die FREIEN WÄHLER, die CSU und zwei Stimmen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Kollege Felbinger (fraktionslos). Gegenstimmen, bitte! – SPD-Fraktion. Enthaltungen? – Die restliche Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen. – Damit sind diese Tagesordnungspunkte erledigt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 17/18708, 17/18710 mit 17/18712 sowie 17/18721 mit 17/18724 werden in die zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bildung und Kultus

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger,
Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)**
Drs. 17/18721

Neues neunjähriges Gymnasium mit Inhalten füllen!

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Dr. Leopold Herz**
Mitberichterstatter: **Otto Lederer**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Bildung und Kultus federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 71. Sitzung am 26. Oktober 2017 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Zustimmung
 - B90/GRÜ: ZustimmungAblehnung empfohlen.

Martin Güll
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Dr. Leopold Herz, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/18721, 17/19325

Neues neunjähriges Gymnasium mit Inhalten füllen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Abg. Otto Lederer

Abg. Prof. Dr. Michael Piazzolo

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Abg. Thomas Gehring

Abg. Martin Güll

Abg. Prof. Dr. Gerhard Waschler

Abg. Claudia Stamm

Abg. Alexander Muthmann

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Ich rufe zur gemeinsamen Beratung die **Tagesordnungspunkte 8 bis 18** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums in Bayern (Drs. 17/17725)

- Zweite Lesung -

und

Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr.

Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

MINT-Stärkung am neuen neunjährigen Gymnasium (Drs. 17/18592)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

Dr. Michael Piazzolo u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Neues neunjähriges Gymnasium mit Inhalten füllen! (Drs. 17/18721)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,

Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Festlegung auf neue Stundentafel blockiert "G9neu" (Drs. 17/18708)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

Gymnasium neu denken I

Biologie, Chemie und Geografie stärken (Drs. 17/18643)

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

Gymnasium neu denken II

Moderne Pädagogik mit selbstgesteuertem Lernen ermöglichen ([Drs. 17/18644](#))

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

Gymnasium neu denken III

Demokratie Lernen stärken ([Drs. 17/18645](#))

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

Gymnasium neu denken IV

Digitale Lernformen in allen Jahrgangsstufen verankern ([Drs. 17/18646](#))

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

Gymnasium neu denken V

**Vernetztes Lernen durch Neuordnung des Lehrplans ermöglichen
([Drs. 17/18647](#))**

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

Gymnasium neu denken VI

**Pädagogische Vorteile des Ganztags für das Gymnasium nutzbar machen
([Drs. 17/18648](#))**

und

Antrag der Abgeordneten Martin Güll, Kathi Petersen, Dr. Simone Strohmayr u.

a. (SPD)

Gymnasium neu denken VII

Berufsvorbereitungsmodule in Mittel- und Oberstufe fest verankern

(Drs. 17/18649)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt gemäß der Vereinbarung im Ältestenrat 48 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Das heißt im vorliegenden Fall: CSU 16 Minuten, SPD 12 Minuten, FREIE WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 10 Minuten, die Staatsregierung 16 Minuten. Die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils bis zu 3 Minuten sprechen. – Erster Redner ist Herr Kollege Lederer. Bitte schön.

Otto Lederer (CSU): Wertes Präsidium, Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, Sie stimmen mit mir in der Auffassung überein: Das Gymnasium in Bayern ist hoch anerkannt und sehr erfolgreich und eine starke Säule des differenzierten Schulsystems.

(Beifall bei der CSU)

Das differenzierte Schulsystem wiederum ist ein Markenzeichen des bayerischen Bildungssystems, weil es sehr gut auf die Neigungen, Fähigkeiten und Talente der Schüler eingeht und diese bestmöglich fördert. Deshalb ist es meines Erachtens wichtig, alle Schularten des differenzierten Schulsystems zu stärken. Aus diesem Grund haben sich die Bayerische Staatsregierung und die CSU-Fraktion für ein Bildungspaket eingesetzt, das sowohl die berufliche Bildung als auch die Themen Inklusion und Förderzentren oder Mobile und Integrierte Lehrerreserve stärkt. Im Rahmen dieses Bildungspakets sollen auch Schulleitungen entlastet werden; darüber hinaus sollen zusätzlich 150 Stellen für Verwaltungsangestellte geschaffen werden. Ein Bereich dieses Bildungspakets ist die Weiterentwicklung des achtjährigen Gymnasiums zu einem neuen neunjährigen bayerischen Gymnasium.

Der heute vorliegende Gesetzentwurf ist Ausfluss eines Teils dieses Bildungspakets. Mit ihm wollen wir ein grundständig neunjähriges Gymnasium mit einer Überholspur etablieren, aber unter Beibehaltung der pädagogischen Errungenschaften des achtjährigen Gymnasiums. Dadurch wollen wir einen Dreiklang generieren, nämlich mehr Qualität, mehr Zeit und mehr Individualisierung.

Die Eckpunkte dieses Konzepts fußen auf sechs Schwerpunkten.

Erstens. Wir wollen ein Gymnasium aus einem Guss, das gleichzeitig mit dem LehrplanPLUS, der dafür konzeptionell ausgearbeitet wurde, aufwächst. Wir wollen die Fremdsprache in der sechsten Jahrgangsstufe etablieren. Wir wollen die Profile in den Ausbildungsrichtungen in der achten Jahrgangsstufe belassen, und wir wollen den mittleren Schulabschluss nach einer erfolgreichen zehnten Jahrgangsstufe verleihen.

Der zweite Schwerpunkt ist die individuelle Lernzeit. Wir wollen die individuelle Verkürzung der Lernzeit in einer institutionell verankerten Überholspur anbieten. Das ist deutschlandweit einzigartig; hierauf werden die Schülerinnen und Schüler zwei Jahre lang in entsprechenden Förder- und Begleitangeboten vorbereitet.

Drittens. Anstatt ein Schuljahr auszulassen, nämlich die elfte Jahrgangsstufe, können die Schülerinnen und Schüler auch das Thema Internationalisierung vorantreiben und stattdessen zum Beispiel ein Auslandsjahr in Anspruch nehmen, um so der Globalisierung Rechnung zu tragen.

Vierter Schwerpunkt: Wir wollen mit dieser neuen Konzeption unter anderem Vertiefung, zusätzliche Wiederholung, neue Inhalte für einen vertieften Kompetenzerwerb ermöglichen und politische Bildung und Persönlichkeitsbildung wie auch Digitalisierung und Berufs- und Studienorientierung stärken.

Fünfter Schwerpunkt: Durch innovative Konzepte wollen wir eine neue elfte Jahrgangsstufe kreieren, in der die Propädeutik verstärkt vermittelt wird und in der Digitali-

sierung und politische Bildung Schwerpunkte sind. Zudem soll hier die berufliche Bildung durch die Vorverlegung des P-Seminars neu akzentuiert werden.

Sechstens. Das Ganze soll durch eine neue Stundentafel gestaltet werden; denn in diesem neunjährigen Gymnasium haben wir insgesamt 19,5 Wochenstunden zusätzlichen Pflichtunterricht. Gleichzeitig wollen wir den Nachmittagsunterricht bis zur neunten Jahrgangsstufe im Vergleich zum achtjährigen Gymnasium reduzieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das stellt uns alle natürlich vor Herausforderungen; denn hier müssen Kompromisse geschlossen werden. Wer Kompromisse machen möchte, braucht natürlich Schwerpunkte. Die Schwerpunkte legen wir auf Digitalisierung, Berufsbildung, politische Bildung. Deswegen haben wir als Prämissen festgelegt:

Erstens. Jedes Fach soll mindestens die Stundenausstattung erhalten, die es schon im achtjährigen Gymnasium gehabt hat.

Zweitens. Wir wollen die Kernfächer stärken.

Drittens. Wir wollen die Intensivierungsstunden in einem bestimmten Umfang erhalten.

Das Ganze geht natürlich nicht zum Nulltarif. Wir haben vor, die Stellenäquivalente im Gymnasium in einer Größenordnung von 1.000 zusätzlichen Lehrerstellen anzuheben. Wir wollen natürlich auch die Privatschulen unterstützen, um in diesem Bereich tätig werden zu können. Selbstverständlich müssen auch die Kommunen im Rahmen des Konnexitätsprinzips unterstützt werden, insbesondere wenn es darum geht, schulische Rahmenbedingungen vor Ort zu schaffen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Gesetzentwurf ist das Ergebnis einer intensiven Dialogphase unter Einbindung aller relevanten Akteure, die zu einem aus meiner Sicht sehr guten Konsens geführt hat. Deshalb gilt mein großer Dank allen Verbänden, allen voran der Landeselternvereinigung, dem Philologenverband, dem

Direktorenverband und dem Landesschülerrat und den Vertretern unseres Ministeriums, allen voran unserem Kultusminister Ludwig Spaenle.

Wir haben heute auch eine Reihe von Anträgen zu behandeln. Da möchte ich eines vorausschicken: Die Erfolge, die unsere Schülerinnen und Schüler bei internationalen Bildungsstudien oder auch in nationalen Wettbewerben immer wieder erreichen, zeigen, dass die Ausrichtung des bayerischen Schulsystems, des bayerischen Gymnasiums grundsätzlich stimmt. Dennoch sollten wir uns Optimierungsmöglichkeiten nie verschließen. Im Zuge der Weiterentwicklung des Gymnasiums und im Hinblick auf eine neunjährige Lernzeit ist es meines Erachtens jedoch unabdingbar, dass wir hier ein abgestimmtes Gesamtkonzept auf den Weg bringen. Viele der Anträge, die wir heute zu behandeln haben, thematisieren Einzelaspekte, die für sich genommen zwar durchaus wünschenswert sind, die aber in einem sinnvollen Gesamtkonzept kaum realisiert werden können. Ich bin im Bildungsausschuss intensiv auf die einzelnen Themen eingegangen und möchte hier stichpunktartig noch einmal den einen oder anderen Antrag nennen.

Wenn ich mir vor Augen führe, dass in den Anträgen gefordert wird, Fächer wie Chemie, Biologie, Geografie oder auch Sozialkunde zu stärken, ist das ein Anliegen, das ich grundsätzlich unterstütze. Wenn ich aber weiß, dass ich insgesamt 19,5 zusätzliche Wochenstunden habe, weiß ich auch, dass ich hier Kompromisse machen möchte, dass hier Kompromisse unabdingbar sind. Ich möchte auch ins Gedächtnis rufen, dass es gar nicht so lange her ist, dass die Opposition geschlossen einem Gesetzentwurf zugestimmt hat, bei dem insgesamt nur fünf zusätzliche Wochenstunden geplant gewesen wären. Bei diesem Gesetzentwurf hätte man die Prämissen, die ich vorher genannt habe, schon rein rechnerisch nicht erfüllen können, nämlich dass kein Fach schlechtergestellt wird, dass jedes Kernfach verstärkt wird und dass man die Intensivierungsstunden aufrechterhalten möchte. Selbst bei 19,5 Wochenstunden können wir nicht alle Wünsche erfüllen. Ich bitte, dies einfach zu berücksichtigen.

Andere Anträge berühren Themen, die aus meiner Sicht bereits in das Konzept mit eingeflossen sind, Themen wie digitale Lernformen oder Berufsvorbereitungsmodule, die wir ja im neuen bayerischen Gymnasium als Schwerpunkte gesetzt haben und die deswegen unseres Erachtens bereits erfüllt sind.

Dann gibt es Anträge, die Forderungen enthalten, die wir als bildungspolitisch völlig falsch einschätzen. Ich kann keinen Antrag unterstützen, der beabsichtigt, die Stundentafel nicht jetzt festzulegen, sondern damit zu warten. Wenn wir die Stundentafel nicht über kurz oder lang festlegen, können wir auch den Lehrplan nicht entsprechend ausbauen. Die Schulbuchverlage können dazu keine Schulbücher kreieren, und wir hätten einen Start des neuen bayerischen Gymnasiums, der nicht nur holprig wäre, sondern der meines Erachtens auch dem nicht angemessen wäre, was wir unseren Schülerinnen und Schülern bieten möchten. Aus diesem Grund müssen wir derartige Anträge ablehnen.

Ein anderer Antrag würde zum Beispiel Kontingentstundentafeln einführen, das heißt, den einzelnen Schulen Raum geben, um selbst zu bestimmen, ob zwei, drei oder vier Stunden Mathematik unterrichtet werden. Aus meiner Sicht wäre das der völlig falsche Weg; denn was wir am Gymnasium wollen, ist eine vertiefte Allgemeinbildung, die eine entsprechende Breite und eine entsprechende Tiefe aufweist. Deswegen ist eine Stundenverteilung, die von Schule zu Schule unterschiedlich ist, aus meiner Sicht ganz klar kontraproduktiv.

Ein anderes Ansinnen, nämlich pro Schultag 90 Minuten selbstgesteuertes Lernen mit aufzunehmen, ist nicht nur pädagogisch fragwürdig, sondern aus meiner Sicht in der Umsetzung völlig unrealistisch. Pro Schultag zwei Schulstunden wären der Umfang von etwa einem Drittel der Gesamtstundenzahl. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aus meiner Sicht nicht durchführbar. Vor diesem Hintergrund werden wir uns vonseiten der CSU-Fraktion den Anträgen nicht anschließen können.

(Beifall bei der CSU)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Vielen Dank, Kollege Lederer. – Nächste Wortmeldung: Kollege Prof. Piazzolo, FREIE WÄHLER. Bitte schön.

Prof. Dr. Michael Piazzolo (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist gut, dass es in Bayern wieder ein neunjähriges Gymnasium gibt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das war ein wichtiger Schritt, und dieser Schritt wäre ohne die FREIEN WÄHLER nie zustande gekommen.

(Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle: Um Gottes willen!)

– Es ist so! Ohne unser Volksbegehren würde es das neunjährige Gymnasium nicht geben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich sage Ihnen ganz deutlich: Die CSU hätte vorher zehn Jahre Zeit gehabt, das Gleiche zu tun, was sie jetzt tut. Sie hat es nicht getan, sie hat diese zehn Jahre verschlafen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Den Dialogprozess, den der Minister geführt hat, hat er erst dann geführt, als die FREIEN WÄHLER schon landauf, landab Unterschriften gesammelt haben. Deshalb gilt mein Dank den FREIEN WÄHLERN und allen Unterstützern, die diese wertvolle Arbeit geleistet haben. Mein Dank gilt auch den über 300.000 Leuten, die in die Rathäuser gegangen sind, den Lehrern und den Erwachsenen, die ihre eigenen Schüler und die Zukunft der Schüler unterstützt haben. Noch einmal: Ohne uns wäre das nicht möglich gewesen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Es war eine schwierige Geburt; denn selbst nach dem Volksbegehren hat es noch vier Jahre gebraucht bis zur Grundentscheidung. Dazwischen gab es – das vergessen wir auch nicht – viele Versuche wie zum Beispiel den Versuch der Mittelstufe Plus. Es gab viele Aussagen wie: G 8 ist nicht das Richtige, G 9 allein ist nicht das Richtige. Ich bin froh, dass wir jetzt das neunjährige Gymnasium haben. Es wird aus meiner Sicht ein starkes Gymnasium werden, und es ist gut, dass Bayern das neunjährige Gymnasium hat.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, lieber Kollege Lederer, manches ist auch noch offen und noch nicht festgezurrt. Deswegen kann man aus meiner Sicht noch nicht von einem Gesamtkonzept sprechen. Ich will nur einige Punkte ansprechen, die uns wichtig sind.

Der erste Punkt ist das Thema Oberstufe. Sie ist bis jetzt höchstens skizziert. Da stelle ich mir die Frage, was das für eine Reform ist, wenn man im nächsten Jahr mit dem G 9 für die 5. und 6. Klasse beginnt und noch nicht weiß, wie die Oberstufe auszusehen hat und aussehen wird. Wenn ich ins Gymnasium gehen will, muss ich doch wissen, wie die Oberstufe aussieht. Da sagen wir FREIE WÄHLER: Wir wissen es. Wir sagen ganz deutlich, dass wir wieder zumindest einen Leistungskurs haben wollen. Damit haben wir gute Erfahrungen gemacht, und das fordern wir ganz deutlich. Hier geht es darum, den Neigungen der Schüler etwas mehr als in den letzten zehn Jahren entgegenzukommen. Das ist von ganz großer Bedeutung.

Entscheidend für das neue neunjährige Gymnasium ist eigentlich die sogenannte Überholspur, also die Möglichkeit, das Gymnasium auch in acht Jahren zu durchlaufen. Es gibt einige, die das wollen. Dann müssen wir aber die Bedingungen klären. Das kann nicht irgendwann in der 10. oder 11. Klasse laufen, sondern schon jetzt muss klar sein, wie das sein wird. Man muss auch eine Vorstellung haben, welche Zielmarke man denn ansteuert. Sollen das nur 10 % sein? Sollen es 20 oder 30 % sein? Man muss schon eine Ahnung haben, wie stark man die Überholspur machen will. Gilt das nur für die Besten? – Davon rate ich ab. Ich möchte, dass auch Schüler,

die sich ehrenamtlich engagieren oder die vielleicht im Sport sehr aktiv sind, die Möglichkeit haben, die Überholspur wahrzunehmen und das Gymnasium, wenn sie es wollen, in acht Jahren zu machen.

Ein dritter Punkt liegt mir persönlich und uns FREIEN WÄHLERN sehr am Herzen: Was geschieht denn mit den Schülern, die jetzt in der 6., 7., 8. oder 9. Klasse sind, die sich selbst und deren Eltern sich für ein neunjähriges Gymnasium eingesetzt haben, die dafür gekämpft haben und jetzt unter der Schlafmützigkeit der CSU-Fraktion und der Staatsregierung leiden? Diejenigen, die das G 9 auf den Weg gebracht haben und dafür gekämpft haben, werden einfach mit dem Satz beiseitegeschoben: Wir brauchen einen Stichtag. Da sagen wir FREIE WÄHLER: Es muss Zwischenlösungen geben. Da muss man sich Gedanken machen, da muss man flexibel sein. Deshalb haben wir eine Petition mit circa 6.000 Unterschriften auf den Weg gebracht. Da sieht man, dass das Problem noch nicht gelöst ist.

Der nächste Punkt ist die Lehrereinstellung. Die Staatsregierung hat völlig richtig erkannt, dass man dann, wenn man ein neunjähriges Gymnasium auf das Gleis setzt, auch mehr Stellen braucht, wahrscheinlich etwas mehr als 1.000. Das kann man noch nicht ganz exakt sagen, weil man einfach die Schülerzahlen noch nicht kennt.

(Zuruf des Staatssekretärs Franz Josef Pschierer)

– Herr Pschierer, man merkt, dass Sie als Wirtschaftsstaatssekretär immer nur in Zahlen denken. Nein, es geht jetzt nicht um wenig oder viel, sondern es geht um das Wann. Wann stellt man ein? Damit darf man natürlich nicht warten, bis die Schüler älter geworden sind und in die Oberstufe kommen; denn dann bekommt man nicht qualifizierte Lehrer in entsprechender Zahl. Man muss jetzt schon überlegen, wie das Ziel Jahr für Jahr erreicht werden kann, also jetzt schon mit den Einstellungen beginnen und jetzt schon den Aufwuchs gestalten. Wir haben sehr viele gute Referendare, die auf ein Angebot warten. Übrigens ist auch der Haushalt nicht so schlecht. Also jetzt agieren und jetzt schon einstellen und den Aufwuchs in den nächsten fünf Jahren

deutlich und stetig gestalten und nicht auf Kurzsichtigkeit, sondern auf Kontinuität setzen. Dafür stehen auch wir als FREIE WÄHLER.

Ein weiterer Punkt ist die Stundenverteilung. Ich will diesen Punkt nur streifen; Kollege Lederer hat schon etwas dazu gesagt.

Wir haben unseren Antrag zur Stärkung der MINT-Fächer gestellt, weil man in den letzten Jahren gemerkt hat, dass, was die Studierendenzahlen betrifft, vielleicht noch zu wenige Schulabsolventen an die Hochschulen gehen. Wir müssen diese Fächer stärken. Was nicht passieren darf: dass es einen Bruch gibt, zum Beispiel in der 10. Klasse, dass man vorher Unterricht in einem Fach wie Chemie oder Biologie hat, dann für zwei Jahre aussetzt und dann mit dem Fach wieder beginnt. Das ist didaktisch nicht sinnvoll. Deshalb unser Ansatz, die MINT-Fächer zu stärken.

Ebenfalls will ich einen ganz wichtigen Punkt erwähnen, über den wir in den letzten zwei Sitzungen des Bildungsausschusses intensiv gesprochen haben: die Berufsorientierung. Inzwischen gehen mehr als 40 % eines Jahrgangs an die Gymnasien. Das finde ich gut; das ist nicht schlecht. Mit immer mehr akademisierten Eltern gehen aber die Berufsorientierung und die Erfahrung, was auch eine nicht akademische Ausbildung bringen kann, etwas verloren. Wir müssen darauf achten, die Berufsorientierung auch am Gymnasium deutlich zu machen und den Schülern aufzuzeigen, welche interessanten und spannenden Berufe es gibt. Deshalb haben wir einen Antrag auf Einführung eines mindestens einwöchigen verpflichtenden Praktikums im Gymnasium gestellt. Das möchte ich auch im neunjährigen Gymnasium sehen; denn sonst haben wir weiterhin die Entwicklung, dass akademische Ausbildung und berufliche Ausbildung nicht gleichwertig sind und dass wir immer mehr Schwierigkeiten bekommen werden, Facharbeiter zu finden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Letzter Punkt – ich könnte noch viele andere Punkte aufzählen – ist die digitale Bildung; Kollege Lederer hat sie schon angesprochen. Die Staatsregierung kennt das

Thema. Aber auch da ist man zu langsam. Wir FREIE WÄHLER haben fünf Anträge gestellt. Sie wurden – welche Überraschung – mit dem Satz abgelehnt – ich erinnere mich und habe ihn noch im Ohr –: Wir haben das Problem erkannt; wir sind dran. – Das ist immer wiederkehrend. Es reicht aber nicht, dass Sie dran sind. Sie müssten das schon längst umgesetzt haben. In der digitalen Bildung ist vieles zu tun. Das sollte man auch beim Zuschnitt des neuen Gymnasiums ganz nach vorne stellen.

Lassen Sie mich zusammenfassen – ich will das auch ganz deutlich sagen –: Wir FREIE WÄHLER stehen für ein differenziertes Schulsystem. Wir wollen es weiterhin in Bayern. Wir freuen uns, und wir sind stolz – das sage ich auch ganz deutlich – auf das bayerische Gymnasium.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind stolz, dass wir zur Neuentwicklung des neunjährigen Gymnasiums beitragen konnten. Wir glauben nämlich, dass es dadurch noch stärker aufgestellt wird. Der Prozess ist aber noch nicht abgeschlossen. Deshalb werden wir gerade aufgrund der Verantwortung, die wir auch durch unser Volksbegehren empfinden, diese Schulform neben den anderen Schulformen weiter sehr genau in den Blick nehmen. Wir werden in den nächsten Jahren weiter für ein gutes Gymnasium und auch für die anderen Schularten kämpfen und wollen die Bildungslandschaft – dafür stehen wir als FREIE WÄHLER – stärken, die differenzierte Schullandschaft stärken. Dazu – letzter Satz – gehört auch eine differenzierte Lehrerbildung. Auch dafür stehen wir als FREIE WÄHLER. Auch da gilt es, einiges voranzubringen. Wir in Bayern haben gute Lehrer, aber die Lehrerbildung muss in Teilen auf ein neues Gleis gesetzt werden, damit das Niveau erhalten werden kann. Das werden wir in den nächsten Jahren tun. Wir sind stolz auf das Gymnasium, so wie es sich entwickelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Gehring vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute ist ein guter Tag für das bayerische Gymnasium. Wir als Bayerischer Landtag beschließen heute – ich vermute, sogar einstimmig –, das neunjährige Gymnasium einzuführen. Ich sage bewusst dazu: Das ist nicht die Rückkehr zum alten Gymnasium, sondern das muss der Weg zu einem neuen neunjährigen Gymnasium sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein kleiner Rückblick auf die Entscheidungsfindung in der CSU-Fraktion ist, meine ich, gerade angesichts der aktuellen Situation sehr interessant. Das ist eine Art Präludium zu dem, was wir in den letzten Wochen erfahren haben. Man sieht, wie in der CSU-Fraktion inhaltliche Konflikte ausgetragen, ausgekämpft und ausgekartelt werden. Erinnern wir uns: Ein Ministerpräsident, der die Fraktion unter Druck setzt, eine Fraktion, die bei diesem Thema über Wochen wortlos, inhaltslos ist, die zerstritten ist, die ihren Minister öffentlich blamiert; dieser Minister wird gleichzeitig vom Ministerpräsidenten düpiert. Man muss Minister Spaenle zugestehen, dass er das alles mit Schwabinger Stoizismus ertragen hat. Dass er dann der Erste war, der verbal gegen Seehofer geschossen hat, ist aufgrund der vorherigen Situation nicht verwunderlich.

(Widerspruch bei der CSU)

Übrigens, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wenn es nach den Bildungspolitikerinnen und -politikern der CSU-Fraktion ginge, würden hier noch heute die Hohelieder auf das G 8 gesungen werden. Das darf man nicht vergessen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Märchenerzähler!)

Auch die Wendungen und Entwicklungen im Kultusministerium sind interessant. Das G 8 ist lange verteidigt worden. Man konnte keinerlei Reformbedarf erklären. Dann ist der Vorschlag der Mittelstufe Plus gekommen. Wir GRÜNE haben sehr deutlich vorausgesagt, was dann passiert ist, dass nämlich diese Mittelstufe Plus in der Praxis nicht umsetzbar war. Letztendlich ist dann der Anstoß zu einer Reform des G 9 von anderen Leuten aus der Fraktion gekommen, nicht aus dem Arbeitskreis Bildung.

Wir GRÜNE haben uns zunächst mit dem Thema einer Oberstufe mit eigenem Takt beschäftigt, mussten aber feststellen, dass das nach der KMK nicht möglich ist, dass es in der KMK keine Entwicklung gibt, etwas zu verändern. Wir sind kluge Leute und haben dann einen pragmatischen Vorschlag gemacht. Wenn ich vergleiche, was wir GRÜNE im Januar vorgeschlagen haben und was jetzt im Gesetzestext zu finden ist, finde ich sehr vieles von dem wieder, was wir geschrieben haben. Auch die CSU und die Staatsregierung haben sich von einigen Ideen, die sie in dieser Zeit hatten, getrennt und sind eigentlich sehr auf die Linie der GRÜNEN eingeschwenkt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was wir nämlich heute haben, ist ein grundständiges neunjähriges Gymnasium als Regelzeit für alle. Wir sehen vor, die Schulzeit mittels eines geregelten Verfahrens zu verkürzen, und zwar an einem Punkt, nämlich nach der 10. Klasse. Die 11. Klasse kann übersprungen oder durch einen Auslandsaufenthalt ersetzt werden, oder sie wird eben absolviert. Dieses Überspringen, dieser schnellere Zug wird in den zwei vor der 10. Klasse liegenden Jahren unterstützt. Das ist genau unser Vorschlag. Ich bin froh, dass wir das jetzt auch so fassen.

Wir müssen aber schon noch darüber reden, was jetzt noch alles zu tun ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, und was auf dem Papier steht, auch wenn es nicht im Gesetz steht. Ein Thema ist, wie dieses neunjährige Gymnasium ausgestaltet wird. Was jetzt betreffend die Stundentafeln vorliegt, ist natürlich ein Kompromiss. Das ist aber kein guter Kompromiss, liebe Kolleginnen und Kollegen, weil er wichtige Themen, wichtige

Fragen und wichtige Fächer nicht genügend berücksichtigt. Ich denke nur an das Fach Geografie bzw. Erdkunde. Im Vergleich zum alten G 9 hat dieses Fach nochmals Stunden verloren. Es hat beim Übergang vom G 9 zum G 8 Stunden verloren, und jetzt verliert es noch einmal Stunden.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Das ist falsch!)

Geografie bzw. Erdkunde fällt aus. In der Mittelstufe kommt das Fach alle zwei Jahre vor. Das heißt, ein Fach, das in Zeiten von Globalisierung, von Klimakatastrophe, von Flüchtlingsbewegungen hochaktuell ist, hat am Gymnasium nicht den Rang, den es haben müsste. Wir haben nach wie vor das Problem mit der Vertiefung in den Naturwissenschaften. Wir brauchen auch mehr Sozialkunde; wir brauchen Sozialkunde ab der 8. Klasse, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich weiß natürlich auch, dass das mit der jetzigen Stundentafel so nicht geht. Jeder, der rechnen kann, weiß das. Deswegen müssen wir andere Instrumente, andere Möglichkeiten als im bisherigen System finden, die Stundentafel zu schreiben, zu formulieren. Wir müssen uns Dinge überlegen wie Vertiefung, wie Wahlmöglichkeit, wie andere Perioden, zum Beispiel eine Trimestereinteilung für Fächer, statt ein Fach jede Woche zwei Stunden über das ganze Jahr durchzuziehen. Über solche Dinge müssen wir nachdenken.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Kollege Lederer: Ja, wir brauchen auch das selbstgesteuerte Lernen. Was sollen denn heute die jungen Leute anderes lernen als selbstständig zu lernen, selbstständig etwas zu erfassen, sich selbstständig mit etwas zu beschäftigen und den eigenen Kopf einzuschalten, gerade in Zeiten der Digitalisierung, in denen ihnen durch die Geräte entsprechende Möglichkeiten zur Verfügung stehen? –Also: Selbstgesteuertes Lernen, ja. Davon brauchen wir am Gymnasium mehr und nicht weniger.

(Beifall bei GRÜNEN)

Wir brauchen ein modernes Gymnasium und keine Neuauflage des alten Gymnasiums. Wir brauchen ein modernes Gymnasium mit neuen Lernformen. Diesen Schritt haben wir noch vor uns. Dieser Schritt wird mit diesem Gesetzentwurf heute nicht vollzogen.

Ich möchte jetzt auf einen Punkt eingehen, der ebenfalls noch ungeklärt ist, nämlich auf die kommunale Finanzierung. Die Kommunen stehen als Träger des Schulbaus natürlich vor einer schwierigen Situation. Sie sagen: Hier wird vom Land eine neue Aufgabe definiert. Das Gymnasium läuft jetzt neun Jahre und macht daher andere Raumprogramme erforderlich. Dafür brauchen wir die Unterstützung des Landes. - Was ich bislang aus den Konsultationsverhandlungen gehört habe, stimmt nicht optimistisch. Die Kommunen haben, soweit ich das mitbekommen habe, den Tisch verlassen und warten auf einen neuen Vorschlag, der in diesem Gesetzentwurf noch nicht enthalten ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, mit diesem Gesetzentwurf beschließen wir als Land, dass wir ein neunjähriges Gymnasium einführen. Nach dem Konnexitätsprinzip müssen die Kommunen bei der Umsetzung entsprechend unterstützt werden. Das sehe ich bei diesem Gesetzentwurf noch nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe dieser Tage die E-Mail eines Bürgermeisters bekommen, der sagt: Wir haben in unserer Stadt alle Schulen saniert. Auch das Gymnasium wurde sehr aufwendig saniert. Wir haben uns deshalb verschuldet. Wir können das Raumprogramm für das G 9 finanziell nicht schultern. Wir brauchen Unterstützung. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie müssen deshalb bei der Finanzierung des Schulbaus noch einmal nachlegen.

Die weitere Ausgestaltung der Oberstufe wurde noch nicht besprochen und auch nicht beschlossen. Diese Aufgabe liegt noch vor uns. Klar ist: Wir brauchen in der Oberstufe mehr Freiräume für das selbstständige Lernen der Schülerinnen und Schüler. Wir brauchen gute Vertiefungsmöglichkeiten wie bei den alten Leistungskursen. Wir brau-

chen außerdem Formen modernen Lernens in der Oberstufe und eine Schwerpunktbildung, damit die Schülerinnen und Schüler, die sich auf die Naturwissenschaften spezialisieren wollen, dies auch können. Andere Schülerinnen und Schüler werden sich auf die Sprachen spezialisieren. Wir brauchen deshalb eine Reform der Oberstufe. Ich appelliere an den Herrn Kultusminister, die Spielräume in den KMK-Verhandlungen zu erweitern und dann auszunutzen, damit wir eine gute Oberstufe am bayerischen Gymnasium bekommen.

Nun zum Thema Bildungspaket, das Herr Kollege Lederer angesprochen hat. Die CSU hat festgestellt: Auweh, wenn wir ein G 9 einführen, müssen wir natürlich mehr Geld für das Gymnasium ausgeben. Dann werden auch die anderen Schulen auf der Matte stehen. Deshalb ist das Bildungspaket geschnürt worden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier handelt es sich nicht um ein Paket, sondern um ein Paketchen oder, wie wir im Allgäu sagen, um ein "Paketle". Das ist ein sehr kleines Paket. Wenn wir uns ansehen, was momentan in diesem Paket drin ist, merken wir: Es reicht nicht einmal für ein Überraschungspaket als Weihnachtsgeschenk. In diesem Paket sind zwar tatsächlich 2.000 Stellen genannt worden, aber im aktuellen Nachtragshaushalt sind nur 500 Stellen eingestellt. Das bedeutet, die anderen Stellen sind ein Versprechen für die Zukunft, ein ungesicherter Scheck für die Zukunft. Die Bildungsfinanzierung, die wir bräuchten, fehlt also. Außerdem werden die Mittel dieses Pakets auf die anderen Schularten so verteilt, dass sie nicht helfen werden.

Das Thema Ganztagschule hat sich mit dem G 9 nicht erledigt. Ich glaube, die FW-Fraktion hat diese Illusion. Das Argument lautet: Bei dem G 8 waren die Schülerinnen und Schüler den ganzen Tag in der Schule; wenn wir das G 9 einführen, haben wir wieder eine Halbtagschule. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein modernes Gymnasium wird nicht zur Halbtagschule zurückkehren können. In Zukunft wird das Gymnasium eine ganztägige Schule sein müssen. Da werden wir Arbeitskreise und Möglichkeiten zum vertieften Lernen anbieten müssen. Das Gymnasium muss eine gute Ganztagschule sein. Wir brauchen auch am Gymnasium gute Ganztagsangebote.

Diese Angebote sehe ich bislang noch nicht, weder bei der pädagogischen Ausrichtung noch bei der Finanzierung oder der Unterstützung der Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, heute ist ein guter Tag für die Entwicklung in die Richtung eines neunjährigen Gymnasiums. Dieser Gesetzentwurf ist aber nur ein Zwischenschritt zur weiteren Reform unseres Schulwesens. Mit unseren Anträgen haben wir deutlich gemacht, in welche Richtung diese Reform gehen muss. Sie dürfen sicher sein, dass wir diese Reformdiskussion weiterhin führen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Kollege Güll von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der heutigen Zweiten Lesung dieses Gesetzentwurfs wird in der Tat die grundsätzliche Debatte darüber abgeschlossen, wie viel Zeit wir den Schülerinnen und Schülern bis zum Abitur geben wollen. Alle Fraktionen haben jahrelang, jede auf ihre Weise, mit parlamentarischen Initiativen auf dieses Ziel hingearbeitet. Wir wissen, dass Erfolge immer viele Väter und Mütter haben. Wir waren hartnäckig, weil wir über die Jahre erkannt haben, dass das G 8 im Interesse der Schülerinnen und Schüler, der Eltern und der Lehrkräfte so, wie es ist, nicht bleiben kann.

Wir werden heute – wie ich vermute, einstimmig – die grundsätzliche Rückkehr zum G 9 beschließen. Das begrüßen wir. Wir haben das immer angestrebt und deshalb zwei Gesetzentwürfe dazu eingebracht. Dass wir heute diesen Beschluss fassen, ist erst einmal gut so.

(Beifall bei der SPD)

Das bedeutet aber nicht, dass wir in Bezug auf den Inhalt des Gymnasiums den Weg, den wir heute gehen, für richtig halten. Der Rohbau des neunjährigen Gymnasiums

steht, die Innenarchitektur fehlt aber noch. Wir haben da und dort Eckpunkte formuliert. Herr Kollege Lederer hat sie dargestellt. Eines ist aber schon etwas seltsam: Herr Kollege Lederer hat uns zunächst einmal das Bildungspaket erklärt, obwohl wir heute die Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium beschließen wollen. Das hat seinen Grund. Herr Kollege Lederer hat uns immer mit kleinen und genauen Recherchen nachgewiesen, dass wir uns gewandelt haben.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ja, so ist es auch!)

Diesen Nachweis hätte er auch beim Herrn Staatsminister führen können; denn da ist der Wandel noch viel größer.

(Beifall bei der SPD)

Da ich schon neun Jahre im Bildungsausschuss sitze, darf ich sagen: Der Wandel auf der rechten Seite ist enorm. Grundsätzlich ist dieser Wandel zu begrüßen. Ich kenne die Debatten, die im Bildungsausschuss bis zum Ende des Jahres 2013 geführt wurden, sehr genau. Dort wurde immer ein Lobgesang auf das G 8 vorgetragen. In den Jahren 2013, 2014 und 2015 haben Sie immer noch am G 8 festgehalten, obwohl wir schon längst eine differenzierte Debatte geführt haben. Hier sitzt ein Minister, der uns noch vor zwölf Monaten erklärt hat, dass es überholt sei, vom G 8 oder vom G 9 zu sprechen. Unsere Forderung, sich auf eine grundlegende Laufzeit zu verständigen, hat dieser Minister immer abgelehnt. Natürlich ist es ein Unterschied, ob wir ein Gymnasium von acht oder von neun Jahren her denken. Jetzt ist dieser Minister auch zu dieser Erkenntnis gekommen.

Vor zwei Wochen hat der Herr Staatsminister dem geschätzten Philologenverband sinngemäß erklärt: Sie können sich gar nicht vorstellen, wie lange ich darauf gewartet habe, heute das G 9 wieder zu verkünden. – Ich war dabei. Nach dieser Aussage hätte man den Eindruck gewinnen können, dass er ein innerer Verfechter dieser neun Jahre ist.

(Margit Wild (SPD): Er hätte gewollt, aber er durfte nicht!)

– Er hat gewollt, aber nicht gedurft. Der Herr Ministerpräsident hat ihn auf den richtigen Kurs gebracht. Wie auch immer, es ist müßig, darüber nachzudenken.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jetzt wird das Pferd von hinten aufgezäumt und gesagt, das Bildungspaket stünde im Vordergrund. Ein kleiner aber wesentlicher Teil dieses Bildungspakets ist das G 9. Man kann hier viel lernen, wie Geschichtsklitterung betrieben werden kann oder wie man seinen Wandel kaschiert. Es hätte gereicht, wenn sich der Staatsminister hingestellt und gesagt hätte: Das G 8 war der falsche Weg; wir steuern um. – Das wäre sehr mutig, aber im Interesse der Kinder, der Eltern und der Lehrkräfte richtig gewesen. Das ist nicht passiert. Jetzt werden wir das G 9 auf vielen Umwegen verspätet bekommen. Herr Kollege Lederer, wir müssen jetzt Gas geben und Zeit aufholen, damit wir das Gymnasium wieder auf die richtige Spur bringen. Heute werden wir über die neun Jahre beschließen. Den Erfolg des G 9 wird aber dessen Inhalt ausmachen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Lederer, wir haben heute sehr viele Überschriften gehört. Wer ist denn dagegen, dass wir Qualität brauchen? – Wir alle sind dafür. Wer ist dagegen, dass wir mehr Zeit brauchen? – Dafür haben wir gekämpft. Wer ist dagegen, dass wir mehr Individualisierung brauchen? – Niemand. Wir sind alle dafür. Das sind sehr gute Überschriften. Sobald jedoch die Rede auf die sieben Anträge kommt, die Herr Kollege Gehring dankenswerterweise positiv kommentiert hat, zum Beispiel auf den Antrag, mit dem die Schaffung von Möglichkeiten zu selbstgesteuertem Lernen gefordert wird, sagen Sie im gleichen Atemzug: Das ist eigentlich nicht zielführend, das brauchen wir am Gymnasium nicht. –Kollege Lederer, wenn Sie jetzt einmal zehn Jahre zurückschauen und sich ein bisschen mit Hirnforschung oder mit Neurobiologie beschäftigen, dann wissen Sie, dass selbstgesteuertes Lernen das einzige Mittel ist, um nachhaltiges Lernen zu generieren,

(Beifall bei der SPD)

denn dann befasst man sich selbstständig mit den Lerninhalten. Es müsste für Sie also nahezu eine Selbstverständlichkeit sein, dieses selbstgesteuerte Lernen am Gymnasium zu etablieren. Nun müssen wir als SPD-Fraktion das zu einem Antrag machen, damit es bei der Neugestaltung des Gymnasiums diskutiert wird; denn es ist eben nicht selbstverständlich. Von Ihnen haben wir dazu nichts gehört.

Dazu gehört auch, Herr Kollege Lederer, darüber nachzudenken, wo die Schülerinnen und Schüler selbstgesteuert lernen können. Wo kann dies stattfinden? Geschieht es in der Gruppe oder im Klassenverband oder, wie wir vorgeschlagen haben und was wissenschaftlich erwiesen ist, in Zeitschienen? Da hätte man als Schülerin oder Schüler Zeit, sich mit bestimmten Inhalten im eigenen Tempo zu befassen. Das sind die Zeitschienen, die wir einziehen wollen. Wir haben 90 Minuten dafür vorgeschlagen. Das machen andere, meist private Schulen schon längst auf diese Weise. Ich meine, so etwas muss man auch am Gymnasium etablieren. Es ist doch nicht so, dass die Kinder nur dasitzen und Däumchen drehen. Deshalb ist es vollkommener Quatsch, wenn Sie sagen, damit würde nur Zeit vertrödelt.

(Zuruf von der CSU)

Nein, die Kinder machen Deutsch, Mathe oder Englisch oder was auch immer. Das kann man doch auf eine andere Art verrechnen.

Es ist also sehr notwendig, diesen Antrag hier zu stellen, damit Sie sich mit dem Thema Individualisierung wirklich einmal beschäftigen.

(Beifall bei der SPD)

Leider haben Sie auch das abgelehnt.

Interessant ist für mich, dass Sie zu den sieben Anträgen, die wir gestellt haben, meinen, sie seien in den einzelnen Punkten nicht so verkehrt. Ich denke an die Stärkung

der MINT-Fächer oder auch an die Geografie. Dem haben Sie im Ausschuss sogar zugestimmt und festgestellt, dass dagegen kaum etwas zu sagen sei. Aber das Gesamtpaket geht für Sie offensichtlich nicht. Sie halten noch immer an der Aufrechnung der Fächer wie vor 50 Jahren fest.

(Otto Lederer (CSU): Stimmt nicht!)

Wir haben deshalb auch das Thema Kontingentstundentafel in die Debatte eingeworfen. Wenn man wirklich individualisiert und die Heterogenität ernst nimmt, wie wir sie am Gymnasium schon haben, muss man sich auch überlegen, ob jeder Schüler und jede Schülerin dieselbe Anzahl an Stunden braucht, um sich auf das Abitur vorzubereiten. Nicht jeder braucht drei oder vier Stunden Deutsch, sondern er braucht so viele Möglichkeiten, dass er das, was er nachhaltig lernen muss oder soll, umsetzen kann.

(Beifall bei der SPD)

Es ist längst überfällig, mehr Flexibilität in die Stundentafel zu bringen, wie es in den anderen Bundesländern längst geschieht. Sie, meine Damen und Herren von der CSU, halten an alten Zöpfen fest und verkaufen uns das als unmöglich, dass wir das so nicht umsetzen könnten.

Ich fasse zusammen: Hier sind Dinge möglich, die inhaltlich wie auch methodisch gemacht werden könnten. Diese Debatte ist nicht geführt worden und wird auch nicht geführt, und man hat sie auch im Dialogverfahren nicht mit den Leuten geführt, die diese Ideen umsetzen wollen. Das ist schade. Es ist eine vertane Chance. Das ist nämlich etwas, von dem ich sage, dass es das Gymnasium zukunftsfest gemacht hätte.

Natürlich haben Sie ein paar Dinge übernommen. Wir haben schon längst vorgeschlagen, dass das Proseminar in die 11. Klasse kommt. Außerdem haben wir schon die Debatte über die Leistungskurse geführt, und ich danke den FREIEN WÄHLERN dafür, dass sie das auch aufgenommen haben.

Natürlich brauchen wir auch in der Oberstufe Vertiefungen in irgendeiner Form der Leistungskurse, und es ist bedauerlich, dass es in der jetzigen Debatte noch hintangestellt ist. Ich kenne die Argumentation mit der KMK. Trotzdem hätte man sich eigene Vorstellungen machen können.

Was mir in der Debatte noch wichtig erscheint und was wir zeitnah in die Debatte eingeführt haben, ist die Berufsvorbereitung und die Berufsorientierung. Das Gymnasium in Bayern ist heute eigentlich die Hauptschule. Zumindest von den Zahlen her ist es die Hauptschule. Wir denken immer noch, dass alle, die das Gymnasium besuchen, zielstrebig auf das Abitur zugehen und studieren. Das ist längst nicht mehr der Fall. Diesen Gedanken haben Sie aufgegriffen. Wir müssen, wie bei den anderen Schular-ten auch, rechtzeitig mit der Berufsvorbereitung beginnen, um die jungen Menschen rechtzeitig auf die Berufswelt vorzubereiten. Da reicht es nicht, wenn man 0,5 Stunden in die Stundentafel schreibt und irgendwo einen kleinen Exkurs macht.

Es reicht auch nicht, das nur in der 11. Klasse anzubieten. Was tun Sie denn? – Sie sagen, die 11. Klasse sei ganz zentral wichtig, und gleichzeitig schlagen Sie vor, dass die Schüler diese 11. Klasse auslassen sollen. Wie passt das zusammen? Ich mache eine neue Jahrgangsstufe, fülle sie mit Inhalten wie digitale Bildung, politische Bildung, Berufsvorbereitung, und gleichzeitig empfehlen Sie, zumindest den leistungsstarken Schülern, diese Klasse auszulassen.

Deswegen zielt unser Antrag darauf ab, die Berufsvorbereitung über die Jahre in der Mittelstufe und der Oberstufe zu etablieren: Digitalisierung nicht nur in der 11. Klasse, politische Bildung nicht nur durch eine Sozialkundestunde mehr in der 11. Klasse, sondern beides über alle Jahrgangsstufen hinweg. Da muss man sich vielleicht ein bisschen überlegen, wie das geschehen soll. Aber das ist eine Grundvoraussetzung für ein neues zukunftsweisendes Gymnasium.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich zum Schluss noch etwas sagen, was ich für sehr wichtig halte: Das G 8 war eine ganztägige Schulform, aber kein Ganztagsgymnasium. Die Kinder sind um 17.00 Uhr nach Hause gekommen und mussten am Abend lernen und hatten keine Zeit mehr für Eigeninteressen.

Jetzt haben wir einen Rollback zur Halbtagschule. Deshalb ist es jetzt notwendig – dazu gab es auch einen Antrag von uns –, darüber nachzudenken, wie pädagogisch gute Konzepte erstellt werden können, um den Ganzttag am Gymnasium zu etablieren, der der Vereinbarkeit von Familie und Beruf gerecht wird und vor allem die Förderung ermöglicht, damit wir Bildungsgerechtigkeit herstellen können. Auch diesen Antrag haben Sie abgelehnt.

Summa summarum: Es gibt viel zu tun in der inhaltlichen Arbeit. Ich würde mich freuen, wenn Sie in die Debatte, die wir jetzt führen müssen, auch die Opposition einbeziehen und über den Tellerrand hinausschauen würden. Es ist grundsätzlich gut, dass wir das G 9 in neuer Form wieder haben, aber es gibt noch viel zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat Herr Prof. Dr. Waschler von der CSU das Wort. Bitte sehr.

Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Dank an die Opposition für die Steilvorlagen. Herr Kollege Piazzolo hat gesagt, die CSU habe bei diesem Thema zehn Jahre geschlafen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Blockiert!)

– Herr Kollege Aiwanger, hören Sie bitte zu! Er hat gesagt: zehn Jahre geschlafen.

Herr Kollege Aiwanger, der jetzt nicht mehr in Ihrer Fraktion befindliche, aber damals bildungspolitischer Sprecher Felbinger hat nach einer kurzen Recherche, die wir gerade gemacht haben, am 29.03.2012 nach einer Expertenanhörung zum G 8 gesagt:

Wir brauchen keine weitere Strukturdebatte, welche die Menschen noch weiter verunsichert und letztlich nur Chaos bringt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Zitieren Sie sich doch selber!)

Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Ich weise auch darauf hin – Herr Kollege Aiwanger, hören Sie doch einmal zu! –, dass es in der Landespolitik nicht immer ganz ernst zugehen muss. Zu diesem Thema hat mindestens eine Oppositionspartei ein klein wenig Geschichte geschrieben. Trotz eines krachend gescheiterten Volksentscheids wurde nach dem Motto "Der Erfolg hat viele Väter" zu einem G 9-Photoshooting quasi als Ersatz für den Vaterschaftstest eingeladen. Oder war es doch gar ernst gemeint? Ich überlasse diese Bewertung gerne jedem Einzelnen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Olle Kamellen!)

Ernst ist in jedem Fall, verehrte Kolleginnen und Kollegen, dass eine erfolgreiche Bildungspolitik, wie seit Jahrzehnten in Bayern, auch strukturell gesellschaftlichen Entwicklungen Rechnung trägt, wenn sie für den Bildungserfolg der Kinder und Jugendlichen in Bayern langfristig einen Erfolg darstellt.

(Beifall bei der CSU)

Kollege Lederer hat es eindrucksvoll dargelegt. Gewachsene Heterogenität, gesellschaftliche Herausforderungen, die wir haben, Digitalisierung, breitere berufliche Orientierung, vertiefte Kenntnisse über unsere Gesellschaft insgesamt, all das erfordert gegebenenfalls auch strukturelle Veränderungen.

Den heutigen Entscheidungen vorausgeschaltet war eine in Umfang, Dauer und Tiefe bisher noch nicht vorhandene umfassende Beteiligung. Da sage ich einen Dank an die Schulfamilie, an die Politik, an alle zuständigen Institutionen und besonders auch an die Verbände und die Bürgerinnen und Bürger, die uns Anregungen gegeben haben. In besonderer Weise darf ich dem Kollegen Lederer als dem Berichterstatter für die Regierungsfraktion und dem gesamten CSU-Arbeitskreis Bildung danken. Dank auch

dem Kollegen Freller für gute, wichtige und zielführende Ideen und Dank unserem Minister Ludwig Spaenle mit seinem ganzen Haus, mit der Gymnasialabteilung, mit all den guten Dingen, die dazu geführt haben, dass wir jetzt eine G 9-Entscheidung haben,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

die mit einer spürbaren Stundenerweiterung verbunden ist, die kein Fach schlechter stellt. – Kollege Gehring, das war falsch. Da muss man nach Adam Riese ein bisschen rechnen lernen. – Da ist nichts weniger, auch bei Geografie nicht.

Es ist immer das Problem: Wenn man den Nachmittagsunterricht vermindert, wie es allgemein aus den Fraktionen und von der Schulfamilie gefordert wurde, dann stößt man irgendwo an eine Grenze. Deswegen sind nicht alle Vorschläge erfüllbar. Es wurden aber alle Vorschläge ernsthaft und gründlich geprüft und abgewogen.

Herr Kollege Güll, wenn man schon über Pädagogik und vor allem über Gymnasialpädagogik spricht, dann muss man auch die Gestaltungsmöglichkeiten der Schulen kennen, die Schwerpunktsetzungen, dass man eine Verstärkung durch fächerübergreifende Zusammenarbeit und Raum für all die modernen Lehrmethoden hat. Das ist keine Erfindung, die man erst jetzt gemacht hat, sondern das wird an den bayerischen Gymnasien schon erfolgreich praktiziert. In den nächsten Jahren wird das auch mit einem erhöhten Stundenkontingent gemacht werden können. Man muss eben anerkennen: Auch hier ist eine Quadratur des Kreises nicht möglich.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Diskussion über den Feinschliff geht weiter. Ich gebe Ihnen recht bei der Ausgestaltung der Überholspur. Wir müssen uns über die Gestaltung der Oberstufe austauschen. Viele Anträge der Oppositionsfraktionen, die gestellt wurden, sind in großen Teilen erfüllt. Manche sind überholt, und manche sind in dieser Form eben nicht zielführend. Wir werden sie deshalb ablehnen müssen.

Die GRÜNEN reden von Ganztagsschulen, und die SPD sagt dann: Natürlich ist das wichtig. Wir haben ganz klar gesagt: Wir wollen das bedarfsgerecht und nicht zwangsweise von oben her, sondern es muss von unten her wachsen.

(Margit Wild (SPD): "Bedarfsgerecht" ist immer so eine Ausrede, einfach eine Ausrede!)

Deswegen kann ich feststellen: Wir werden mit den heutigen Beschlüssen auch in Zukunft ein solides und kraftvolles Gymnasium in Bayern haben, in welchem die Schülerinnen und Schüler, angeleitet durch bestens ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, ein Abitur erhalten, das keinen Vergleich in Deutschland und darüber hinaus fürchten muss. Ich sage: Das ist gut so.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Jetzt hat die Frau Abgeordnete Claudia Stamm für drei Minuten das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Claudia Stamm (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Ich kann mich noch gut daran erinnern, wie in der letzten Legislaturperiode hier im Haus ziemlich oft Unruhe wegen so mancher Volte der eigenen Partei, der CSU, in der Bildungspolitik war. Die Debatten rund um das G 8 und das G 9 zeigen genau diese Volten. Übrigens gab es nicht nur bei der CSU, sondern auch bei manch einer Oppositionspartei hier im Hohen Haus einen Zickzackkurs.

Wissen Sie was? Diese Unruhe geht auf Kosten unserer Kinder, aber auch der Lehrer und Lehrerinnen, hauptsächlich aber der Kinder. Die Art und Weise, wie dieser Gesetzentwurf hier in der Ersten Lesung eingebracht wurde und wie er ausgestaltet ist, ist ein Armutszeugnis. Bei der Rückkehr zum G 9 ist unlauter vorgegangen worden. Ganz ehrlich, den Kindern und Eltern am Schulbeginn zu sagen: Na ja, ihr seid jetzt

ein Jahr länger in der Schule, wie genau das aussieht, wissen wir nicht, aber ihr seid halt mal ein Jahr länger in der Schule – das ist unlauter.

Jetzt sind wir wieder zum neunjährigen Gymnasium zurückgegangen. Was das heißt, ist völlig unklar. Es ist aber wichtig. Wie schlecht der Gesetzentwurf ist, zeigt gerade die Zeitschiene. Er ist eine Farce. Er ist bildungspolitisch eine Farce.

Sehr geehrte Staatsregierung, Sie hätten die Chance gehabt, mit diesem G 9 wirklich zu gestalten, neu zu gestalten. "Politik" heißt übrigens, gestalten zu wollen. Sie hätten die Chance gehabt, das Gymnasium wirklich neu zu denken. So ist es nichts anderes, als dass Sie halt ein Jahr länger für die Schülerinnen und Schüler in Bayern denken. Keine Spur von Reform! Keine Spur von durchdacht! Sie stolpern von einer jahrelangen quälenden CSU-internen Diskussion über eine Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium in einen Gesetzentwurf, der zu spät eingebracht wurde, nämlich erst dann, als das Schuljahr schon längst angefangen hatte.

Herr Minister Spaenle, Sie hatten damals wirklich wieder ein Glanzstück dessen abgeliefert, was Sie vom Parlament bestenfalls, aber eigentlich auch von der Schulfamilie der Gymnasien und von den Kindern halten. Sie standen bei der Rede zur Ersten Lesung am Rednerpult. Sie haben geschludert und – das muss ich jetzt mal sagen – es hingerotzt.

(Unruhe bei der CSU)

Sie haben sich irgendwie ans Rednerpult gelehnt. Ich kann Ihnen versichern: Die Zugschriften, die ich nach der Ersten Lesung bekommen habe, waren genau von denjenigen, die es betrifft, nämlich von der Schulfamilie, von Lehrern und Lehrerinnen, von Schülern und Schülerinnen, die oben auf der Besuchertribüne waren oder es sonst wie mitgekriegt haben. Genau sie haben mich in meiner Zwischenbemerkung bestärkt, in der ich Sie darauf hingewiesen habe, dass das nicht so sein sollte und eben nicht dem Ernst der Sache dient.

Ich hätte mir für die Kinder und für die Zukunft Bayerns sehr gewünscht, dass die Menschen, die die Verantwortung dafür tragen, darüber eine ernsthafte Debatte führen und das Anliegen und vor allem die Kinder ernst nehmen. Ich hätte mir für die Zukunft Bayerns eine Reform gewünscht, die das Wort "Reform" auch wert und nicht ideenlos und nicht alter Wein in neuen Schläuchen ist. Ich finde, sowohl die Schülerinnen und Schüler als auch Bayern haben Besseres verdient.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. – Als Nächster hat der Kollege Muthmann das Wort, auch für drei Minuten. Bitte schön.

Alexander Muthmann (fraktionslos): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Spätestens seit der Einführung des G 8 wissen wir, dass eine Entscheidung für das eine oder das andere alleine noch keine Qualität sicherstellt. Das haben wir jetzt über viele Jahre am und mit dem G 8 leidvoll erfahren müssen.

Heute haben wir die Entscheidung für das G 9 zu erwarten – mit einer Vielzahl von Schwächen und Unklarheiten. Zum Teil ist es eingangs auch schon mit einer sehr wohlwollenden Begrüßung des G 9 angesprochen worden. Dann ist auch sehr schnell gesagt worden, was alles nicht oder noch nicht passt.

Kollege Piazzolo hat darauf hingewiesen, dass zum Zeitpunkt der Entscheidung hier und heute unklar ist, wie es mit der Oberstufenausgestaltung aussehen wird. Der Wunsch, ein Gymnasium aus einem Guss zu bekommen, wird im Vorblatt zur Gesetzesbegründung mit der Formulierung angesprochen, dass die Jahrgangsstufen fünf bis dreizehn aus einem Guss entwickelt werden.

Diese Ausführungen haben aber lediglich deklaratorischen Charakter und haben keinen Niederschlag oder gar Beleg im konkreten Gesetzentwurf gefunden. Zu den Fragen nach der persönlichkeitsbildenden Grundlagenvermittlung und wie es mit dem individualisierten Lernen werden soll, wie die zu Recht betonte Notwendigkeit der Digitalisierung und auch die stärkere Betonung der politischen Bildung denn umge-

setzt und ausgestaltet werden soll, sieht die heute zu erwartende Entscheidung keine Klärung vor. Diese inhaltlichen Konkretisierungen stehen noch aus.

Es ist auch völlig unklar, wie es mit den Kosten für diese Reform gehen wird. Die Kosten, die die Kommunen zu tragen haben, insbesondere jetzt auch auf dem Weg aus der Kreidezeit in die digitalisierte Welt, erfordern sehr viel mehr Aufwand. Es ist eine andere Investition, alle Schüler mit Laptops auszustatten, als eine Tafel ins Klassenzimmer zu hängen. Ich finde die Erwartungen der Kommunen sehr berechtigt, zu klären, welchen Beitrag der Freistaat dazu leisten wird. Die "Konnexität" ist nicht nur ein Stichwort, sondern ist eben auch verfassungsrechtlich verankert. Auch dazu erfahren wir leider nichts.

Alles zusammengekommen kann man feststellen, dass noch sehr viele Fragen offen sind. Daher kann man an dieser Stelle schwerlich sagen, dass das heute zu beschließende G 9 ein Erfolg werden wird. Zu viele Probleme sind bisher ausgespart worden. Ich hätte mir gewünscht und halte es auch für erforderlich, dass die Erfahrungen, die mit der Einführung des G 8 gemacht worden sind, bei der Wiedereinführung des G 9 nicht bzw. nicht in so wesentlichen Teilen, wie gerade ausgeführt, wiederholt werden.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Letzter hat nun der Herr Staatsminister Dr. Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Jetzt kannst du dich outen!)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus! Das G 9 in Bayern kommt, und das ist wirklich gut so.

(Beifall des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Das bayerische Gymnasium ist eine Schulart, die jungen Menschen eine gute Zukunftschance eröffnet, egal ob danach ein Studium oder eine duale Ausbildung aufgenommen wird. Für die Entwicklung eines jungen Menschen und für das Ziel des Gym-

nasiums, die allgemeine Hochschulreife, ist es gut, dass in Zukunft mehr Zeit eingeräumt wird. Wir haben uns auch für den Prozess der Umsetzung des bayerischen Gymnasiums in einer neuen neunjährigen Form Zeit genommen, nämlich zwei ganze Schuljahre. Manche der heutigen Vorhaltungen der Oppositionsparteien sind gemacht worden, um die Grundsatzentscheidung in ihrer Wirkung verbal zu begleiten.

Wir gehen systematisch vor. Wir haben dem Bayerischen Landtag den Gesetzentwurf Ende Juli, also mit Ende des abgelaufenen Schuljahres, zugeleitet. Wir haben die Arbeit zur Gesetzgebung so vorangetrieben, dass wir die gesetzlichen Grundlagen mit Beginn der Sitzungsperiode im Herbst rasch und zugleich solide schaffen können. Die gesetzlichen Grundlagen sind der Rahmen, den es auszufüllen gilt. Auch das ist Ihnen bewusst. Das haben wir bereits in Gesprächen im Fachausschuss deutlich gemacht. Die Niederlegung des inhaltlichen Herzstücks und der Grundstruktur des neuen neunjährigen grundständigen Gymnasiums muss im Wesentlichen in der Gymnasialschulordnung erfolgen. Die Gymnasialschulordnung wird entsprechend gestaltet.

An dieser Stelle möchte ich der gymnasialen Schulfamilie ein großes Dankeschön aussprechen, weil sie bereit ist, an allen wesentlichen Elementen des neunjährigen Gymnasiums mitzuwirken. Dank gilt den Eltern, dem Bayerischen Philologenverband, der Direktorenvereinigung und auch den Vertretern des Landesschülerrates. Wir konnten bereits ein erstes Werkstück auf den Tisch des Hauses legen. Das ist ein erster Entwurf der Stundentafel. Die Gestaltung der Stundentafel ist eine sehr komplexe Anforderung. Darin müssen die übergeordneten Bildungsziele, konkrete Fachwünsche und die Voraussetzungen zur Weiterentwicklung der Lehrpläne zu einem Ganzen vereint werden.

Wir gehen mit 19,5 Stunden zusätzlich in dieses Projekt. Niedersachsen beispielsweise hat keine einzige zusätzliche Stunde bei der Verlängerung der gymnasialen Schulzeit zur Verfügung gestellt. In anderen Bundesländern ist das ähnlich. Deshalb kann gesagt werden, dass im Vergleich zum achtjährigen Gymnasium kein Fach schlechter gestellt wird. Die Kernfächer werden durchweg gestärkt. Die eingeforderten themati-

schen Akzente werden bewusst gesetzt. Vor diesem Hintergrund kann ich Ihre Wahrnehmung nicht verstehen. Zukünftig können wir die Themen Informatik und digitale Bildung in allen Zweigen des Gymnasiums verstärken. Wir stärken die politische Bildung nicht nur mit zusätzlichen Stunden, sondern auch fächerübergreifend. Die politische Bildung wird in Sozialkunde, in Geografie, in Geschichte usw. verankert. Wir können davon ausgehen, dass wir mit einer neu gestalteten 11. Klasse eine organische Wegführung von der Mittelstufe in die Qualifikationsphase haben. Die gymnasiale Schulzeit von neun Jahren wird ermöglichen, dass wir wichtige übergeordnete Ziele wie die Berufsorientierung in einer völlig neuen Art und Weise aufsetzen können. Dies tun wir seit Beginn dieses Schuljahres auch für die Schülerinnen und Schüler des achtjährigen Gymnasiums. Nicht nur in der 11. Klasse, sondern bereits in der 9. Klasse werden wir die Berufsorientierung ansetzen. Die bewusste strategische Entscheidung bedeutet nicht nur eine gewisse Entlastung der Oberstufe. Indem das P-Seminar in die elfte Jahrgangsstufe heruntergenommen wird, wird ein starker Akzent für das neue Design der elften Jahrgangsstufe gesetzt. In der neuen elften Jahrgangsstufe werden Berufsorientierung, vorwissenschaftliche Arbeitsfähigkeit und Begabtenförderung möglich sein. Moderne und zeitgemäße pädagogische Instrumente wie Projektwochen und Epochalunterricht werden zukünftig auch möglich sein. Ich selber habe die 11. Klasse der Vor-Kollegstufenphase noch erlebt. Damals war eine gezielte Hinführung an die Qualifikationsphase in dieser Form nicht gegeben. Es lohnt sich wirklich, darauf zu schauen. Das sind alles Entwürfe. Wir haben vereinbart, dies gemeinsam zu entwickeln.

Die Öffentlichkeit und die gymnasiale Schulfamilie können sich darauf verlassen, dass alles zeitgerecht umgesetzt werden wird. Sie kennen die Fahrpläne ganz genau, weil ich sie schon öfter öffentlich dargestellt habe. Alles wird nachvollziehbar auf den Tisch gelegt. Die Lehrpläne und damit auch die Schulbücher für die fünfte und sechste Jahrgangsstufe, die im Herbst des kommenden Jahres startet, werden rechtzeitig vorliegen. Die weiterentwickelten Lehrpläne auf Basis des LehrplanPLUS für das achtjährige Gymnasium werden bis zum Ende der Mittelstufe bis Ende des Jahres 2018

vorliegen. Die Lehrpläne für die Oberstufe des Gymnasiums werden entsprechend und weit vor dem ersten Einsetzen der gymnasialen Oberstufe folgen.

Natürlich sprechen wir über die Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe. Am Rande ist darauf hingewiesen worden, dass Kultusministerkonferenz das Rahmenabkommen zur Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und die Bedingungen für die gegenseitige Anerkennungsfähigkeit grundlegend überprüfen wird. Das ist eben keine Petitesse. Die Kultusministerkonferenz tagt heute, aber es ist geboten, dass man hier im Parlament ist. Der Prozess wird diesen Winter starten. Die Dauer kann jetzt noch nicht abgeschätzt werden. Es hat doch Sinn, darauf Einfluss zu nehmen, wie dieses Rahmenabkommen möglicherweise inhaltlich weiterentwickelt wird. Ich habe zugesagt, auch die Arbeitsgruppe an diesem Thema zu beteiligen. Es hat auch Sinn, die gymnasiale Schulfamilie, den Philologenverband, die Eltern- und Schülervertretungen dann damit zu befassen, wenn man weiß, ob und in welche Richtung das Rahmenabkommen verändert wird. Es gilt die politische Zusage, sich darüber zu unterhalten, welche Elemente der jetzigen Oberstufe in ihrer Grundkonfiguration erhalten bleiben sollen und welche weiterentwickelt werden sollen. Das ist das Gebot der Stunde. Wir haben zugesagt, dass wir dies tun.

Mit einer grundständigen neunjährigen gymnasialen Schulzeit wollen wir den Schülerinnen und Schülern, die ein bestimmtes schulisches Angebot durchlaufen, ermöglichen, dafür unterschiedlich viel Lernzeit aufzuwenden. Das haben wir in den vergangenen Jahren an allen Stellen des bayerischen Bildungswesens auf den Weg gebracht. Diese Arbeitsgruppe tagt auch unter Einbeziehung der Vertreter der gymnasialen Schulfamilie. Das wird ein sehr wichtiges Element. Damit wird ermöglicht, der Heterogenität, auch was die Lerngeschwindigkeit angeht, mit einem wirksamen Instrument zu begegnen. Die Frage, wie wir dies ausgestalten und welche Jahrgangsstufe dafür die geeignetste ist, muss noch geklärt werden. Aus unserer Sicht ist das die elfte Jahrgangsstufe. Das wurde dankenswerterweise schon angesprochen.

Auch der Auslandsaufenthalt wird als ein pädagogisches Element der gymnasialen Schullaufbahn angesehen und könnte ebenfalls in der elften Jahrgangsstufe angesetzt werden. Dies alles muss ineinander greifen können. Die Ausgestaltung dieses Elements werden wir im laufenden Schuljahr bis ins Jahr 2018 vornehmen.

Die Herausforderung, auf der einen Seite die allgemeine Hochschulreife mit der umfassenden Persönlichkeitsentwicklung, dem kompetenzorientierten Unterricht und dem Vermitteln der Fächer und auf der anderen Seite die duale Ausbildung zusammenzuführen, ist sehr groß. Ich bin sehr dankbar, dass meine Fraktion diesen Weg in eine große Initiative zur Stärkung des differenzierten Schulwesens und in das Bildungspaket "Stark machen!" einbettet. Nach Gesprächen in den Regionen kann ich feststellen, dass wir sehr engagierte Partner an der Seite haben. Die Vorbereitung der neuen und doch gediegenen Form des bayerischen Gymnasiums mit einer grundständigen Ausrichtung auf neun Jahre ist auf einem guten Weg. Ich habe angeboten, alle Fachkolleginnen und -kollegen, egal welcher Fraktion, beispielsweise in Form einer Arbeitsgruppe oder den Ausschuss insgesamt am Prozess genauso intensiv zu beteiligen wie die engagierte Schulfamilie. Das Engagement der Schulfamilie empfinde ich bereits als sehr positiv. Ich freue mich auf diesen Weg zur Gestaltung des leistungsstarken bayerischen Gymnasiums im neuen Jahr.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor; damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Tagesordnungspunkte wieder getrennt.

Ich lasse zunächst abstimmen über den Tagesordnungspunkt 8; das ist der Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein neues neunjähriges Gymnasium. Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/17725 sowie die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf Drucksache 17/19315 zugrunde. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt einstimmig Zu-

stimmung zum Gesetzentwurf. Der endberatende Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen empfiehlt ebenfalls Zustimmung. Ergänzend weise ich noch darauf hin, dass aufgrund der letzten Änderung des Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen vom 29. November 2017 der Einleitungssatz sowie der Hinweis auf die entsprechende Seite des Gesetz- und Verordnungsblattes angepasst wurden.

Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Die Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos) haben nicht mitgestimmt. Gegenstimmen! – Keine. Stimmenthaltungen? – Die Abgeordneten Stamm (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos).

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. – Widerspruch erhebt sich nicht. Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Vielleicht können sich die Kollegen bitte hinsetzen. Danke schön. – Also, keine. Stimmenthaltungen? – Die Kollegen Claudia Stamm (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos).

Der Gesetzentwurf ist damit angenommen. Das Gesetz hat den Titel: "Gesetz zur Einführung des neuen neunjährigen Gymnasiums in Bayern."

Wir kommen nun zur Abstimmung über die Tagesordnungspunkte 9 bis 18. Dies sind die vorgenannten beiden Anträge der Fraktion der FREIEN WÄHLER, der Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und das Antragspaket von Abgeordneten der SPD-Fraktion auf den Drucksachen 17/18592, 17/18721, 17/18708 sowie 17/18643 mit 17/18649. Der federführende Ausschuss für Bildung und Kultus empfiehlt alle vorgenannten Anträge zur Ablehnung.

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, über die Voten des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus abzustimmen. Ich lasse jetzt über die vorgenannten Ausschussvoten abstimmen. Wer mit der Übernahme des jeweils maßgeblichen Ausschussvotums seiner Fraktion einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Das sind die Abgeordneten Claudia Stamm (fraktionslos) und Muthmann (fraktionslos).

Damit übernimmt der Landtag diese Voten; die Anträge sind abgelehnt. Die Tagesordnungspunkte 8 bis 18 sind damit erledigt.

Bevor wir zum nächsten Tagesordnungspunkt kommen, gebe ich Ihnen noch das Ergebnis der namentlichen Schlussabstimmung zum Tagesordnungspunkt 6, Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes, Drucksache 17/18161 bekannt. Mit Ja haben 80 Abgeordnete und mit Nein 53 Abgeordnete gestimmt, Stimmenthaltungen gab es keine. Das Gesetz ist damit so angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Das Gesetz hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Hochschulgesetzes".

Mit der Annahme des Gesetzentwurfs in der soeben beschlossenen Fassung hat der Änderungsantrag von Abgeordneten der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/18838 seine Erledigung gefunden. Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Die Tagesordnungspunkte 5 und 6 sind damit erledigt.